



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Der Verfassungskonflikt in Ungarn

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Der Verfassungskonflikt in Ungarn



Die große Verschiedenheit der Völkerstämme Österreichs ist von jeher ein Nachteil für das umfangreiche Ländergebiet der habsburgischen Monarchie gewesen, das sonst zu den schönsten Europas gehört. Man weiß aus der Geschichte, welche Schwierigkeiten die Dynastie gehabt hat, namentlich Ungarn und Böhmen unter ihrer Herrschaft zu behalten, und die Nachwehen davon machen sich noch in unsern Tagen der Großmachtpolitik bemerklich. Seit dem Jahre 1526 — nach der Schlacht von Mohacs — ist Ungarn nach und nach als Nebenland zu Österreich gekommen, die politischen Köpfe des Landes fanden damals für ratsam, einen Anschluß an die westlichen Nachbarmächte zu suchen und damit der Gefahr zu entgehn, von den Türken vernichtet zu werden. Die Türkengefahr, die übrigens nicht allein den Magyaren drohte, besteht seit mehr als zwei Jahrhunderten nicht mehr, dafür aber sind die wenigen Millionen der Ungarn der Möglichkeit ausgesetzt, von den zahlreichen Slawen ringsum aufgefressen zu werden. Die Notwendigkeit, Anlehnung zu suchen, bestand demnach für die Magyaren weiter, und die Überzeugung davon hat bis in die neueste Zeit die Mehrzahl ihrer politischen Führer beherrscht. Sie wollen Magyaren bleiben und in Ungarn herrschen, aber sie wollen auch Bundesgenossen der Deutschen sein, vor denen sie weniger nationale Furcht hatten als vor den Slawen, und mit ihnen gegen diesen gemeinsamen Feind kämpfen. Das war in neuerer Zeit auch noch der Standpunkt Deaks und Julius Andrássy's, denen ein gutes Einvernehmen mit Wien und mit Berlin als erste politische Voraussetzung galt.

Daß eine solche Politik, die kleinen Volksstämmen angemessen ist, zeitweilig eine gewisse nationale Nachgiebigkeit fordert, liegt auf der Hand, und es versteht sich auf der andern Seite von selbst, daß nationale Heißsporne damit häufig nicht einverstanden sind. Wer die letzten vier Jahrhunderte der ungarischen Geschichte überschaut, erkennt ohne weiteres, daß beide Strömungen, die politisch kluge und die nationalradikale, immer nebeneinander bestanden haben. War die politisch praktische Richtung im Lande maßgebend, so herrschte Ruhe und Frieden, gewann die radikale Stimmung die Oberhand, dann gab es Unruhen und Aufstände gegen die österreichische Regierung. Ein halbes

Duzend Gegenkönige hat man gewählt und ebenso oft das Haus Österreich der Krone verlustig erklärt, das letztemal im Jahre 1849 unter Franz Kossuth. Alle diese Versuche sind gescheitert, da die Kräfte der Ungarn niemals ausgereicht haben, die Selbständigkeit zu erkämpfen, und die Niederlagen haben immer wieder der opportunistischen Richtung zur Herrschaft verholfen, die im Frieden mit Österreich das Heil des Volkes sucht. Daß der nationale Chauvinismus seit einigen Jahren in Ungarn wieder mächtig ins Kraut geschossen ist, läßt sich nicht in Abrede stellen, aber das ist auch kaum zu verwundern in Zeiten, wo nationaler Chauvinismus allerorten sein Wesen treibt und namentlich die kleinern Nationen ergriffen hat. Dagegen ist es eine nicht gerechtfertigte Überschätzung der heutigen Bewegung in Ungarn, wenn man daran die Tiraden vom „Zerfall Österreichs,“ die seit 1866 im Schwang sind und vorher unbekannt waren, wieder aufzufrischen sucht, und wenn man die politisch gänzlich unbedeutende Auflösung der skandinavischen Union als warnenden Vorläufer für Österreich ansehen möchte. Von dergleichen kann gar nicht die Rede sein. Die heutige Lage in Ungarn kann man nur vergleichen mit dem Verfassungskonflikt in Preußen von 1861 bis 1866, und die Lösung wird einzig und allein von der Haltung der Krone abhängen, wie sie auch in Preußen, allerdings begünstigt durch die militärische Entscheidung der deutschen Frage, von der Festigkeit des Königs Wilhelm abgehungen hat.

Die Dinge in Ungarn nehmen sich nach den Zeitungsberichten freilich höchst bedenklich aus. Da sogar schon vielfach die wirtschaftliche und die politische Voraussetzung der Reichsgemeinschaft zwischen Österreich und Ungarn in Abrede gestellt wird, so scheint schon der Grund ins Wanken geraten zu sein, auf dem das ehrwürdige Gebäude der habsburgischen Monarchie errichtet worden ist. Es liegt trotzdem keine Notwendigkeit vor, aus dem Zeitungs- und dem Parlamentslärm der Gegenwart den voreiligen Schluß zu ziehen, daß eine neue Kraft über die Ungarn gekommen sei, die sie befähigte, den Konflikt mit der Krone diesmal zu ihren Gunsten zu entscheiden, während ihnen das doch früher niemals gelungen ist. Fassen wir nur die Zeit nach dem Dreißigjährigen Kriege, seit dem die Festigung der österreichischen Monarchie vor sich gegangen ist, ins Auge, so ist es Tatsache, daß seit der großen Magnatenverschwörung vom Jahre 1665 bis in die neueste Zeit fast fortwährend Fehden, Kämpfe und Verfassungsstreitigkeiten gegen Österreich und das Haus Habsburg stattgefunden haben, die in keinem Falle endgiltig zugunsten Ungarns ausgeschlagen sind. Der Ausgleich von 1867 hat den Frieden noch nicht gebracht, obgleich er den Ungarn alles bewilligte. Konnten sie früher mit weniger oder mehr Recht behaupten, daß die Krone ihre Hoffnungen und Erwartungen wiederholt getäuscht habe, so läßt sich jetzt diese Behauptung nicht geltend machen. Es besteht doch wohl außerhalb Ungarns kein Zweifel darüber, daß es sich bloß um magyarische Begehrlichkeiten handelt, die im Kampfe durchaus nicht jenes Kraftgefühl verleihen, das das beleidigte Rechtsbewußtsein zu begleiten pflegt. Wenn schließlich die „ritterlichen“ Magyarenführer auf die Schwäche des greisen Kaisers Franz Joseph gerechnet haben, so haben sie sich eben getäuscht. Wer nicht vom Wahne des zukünftigen „Zerfalls von Öster-

reich" befangen ist oder nicht jede revolutionäre oder antimonarchische Bewegung mit innerem Wohlgefallen begleitet, der muß heute schon der Überzeugung Raum geben, daß der neueste ungarische Auflehnungsversuch gegen die Hoheitsrechte der Krone ebenso resultatlos ausgehen wird wie alle frühern. Der Hinweis auf die norwegischen Vorgänge ist verfehlt, die Analogie ist nur sehr oberflächlich. Die Vereinigung Ungarns mit Österreich hat viermal länger gedauert als die skandinavische Union und ist auf ein einheitliches Heer mit jahrhundertelangen gemeinsamen Traditionen gestützt, dessen Offiziere von einer gesonderten ungarischen Armee nichts wissen wollen. Der Kaiser weiß ganz wohl, warum er an das Heer nicht rühren läßt, während er sonst seine Völker ihren politischen Neigungen freier nachgehen läßt, als vielleicht gut ist.

Kaiser Franz Joseph hat den Magyaren in den letzten siebenunddreißig Jahren keinen Anlaß gegeben, sich über ihn zu beklagen, im Gegenteil hat seine Nachgiebigkeit in allen nicht ausschlaggebenden Fragen nach und nach eine Stimmung geschaffen, in der den Magyaren die Betonung der verfassungsmäßigen Herrscherrechte, obwohl dies nur im Interesse der Gesamtmonarchie und damit Ungarns selbst geschieht, schon als ein Gewaltakt gegen sie erscheint. Und sie haben sich in diese Anschauung untereinander schon so hineingeredet, daß eine förmliche dynastische Opposition daraus geworden ist, und daß sich der 1849 so blutig niedergeschlagene Selbstständigkeitsgedanke wieder in den Zeitungen und auf den Straßen breit macht. Man hat ganz vergessen, daß die größten Männer der Nation, Deak und Andrássy, zunächst an der Reichsgemeinschaft mit Österreich in politischer und in wirtschaftlicher Hinsicht festgehalten haben und Ungarn nur unter diesen Umständen eine wichtige europäische Aufgabe zudachten. Und wie richtig sie gerechnet hatten, beweist die Tatsache, daß dreißig Jahre lang geschickte Staatsmänner die ungarische Politik mit glänzendem Erfolge geführt haben, und daß die Ungarn unbestritten die leitende Rolle in der Monarchie spielten, allerdings begünstigt durch die politischen Vorgänge in der andern Reichshälfte, in der zuerst die Deutschen ihre herrschende parlamentarische Stellung nicht zu wahren wußten, woraufhin ein politisches Chaos hereinbrach. Die ungarische Unabhängigkeitspartei hat den radikalnationalen Standpunkt über den überaus vorteilhaften Ausgleich des Jahres 1867 mit in die neue Zeit des Dualismus hinübergenommen und eine eifrige Hezarbeit getrieben, die seit der Übernahme der Regierung durch Koloman Tisza volle Duldung und stille Förderung erfuhr. Die kraftlose Zerfahrenheit in der andern Reichshälfte, die Nachgiebigkeit der Krone in vielen nationalen Angelegenheiten, die der Eitelkeit der Magyaren wichtiger erschienen, als sie waren, hatten die agitatorischen Bestrebungen der Unabhängigkeitspartei mehr und mehr auch auf die Regierungspartei übertragen; man sah ja, daß es ging, und der Appetit kam beim Essen.

Bis zum Sturze des Ministeriums Banffy traten die immer größer gewordenen magyarischen Begehrlichkeiten noch in politisch manierlicher Form hervor, seitdem aber Koloman von Szell die Richtung des Grafen Apponyi regierungsfähig gemacht hatte, ist die reine politische Anarchie ausgebrochen. Die heutige, obwohl in sich vielfach gespaltne Reichstagsmehrheit will sich

nicht mehr mit dem bisherigen Zustande zufrieden geben, wonach die Minorität der Magyaren nicht nur in Ungarn direkt herrscht, sondern auch indirekt durch die politische Beeinflussung der andern Reichshälfte die eigne wirtschaftliche Existenz sichert; sie will sich diesen Zustand nun für alle Zukunft sichern, indem sie die Krone zwingen will, dem ungarischen Reichstage die Majestätsrechte und damit die Macht über die Armee auszuliefern. In diesem Sinne ist der heutige ungarische Konflikt ein vollkommenes Seitenstück zu dem preußischen Verfassungskonflikt der sechziger Jahre. Es handelt sich nicht etwa um „die deutsche Kommandosprache,“ die ja doch nur neunzig Worte umfaßt, sondern um die von der Unabhängigkeitspartei aufgeworfne Frage, ob die Krone nach ihrem verfassungsmäßigen Rechte oder nur nach einem von der „ungarischen Nation“ übertragenen Rechte über „die ungarische Armee“ verfügt. Da es nach dem Wortlaute der Verfassung ganz unleugbar ist, daß die Bestimmung der Kommandosprache des gemeinsamen Heeres zu den Rechten der Krone gehört, so kann die Absicht der ungarischen Opposition, den König zum Aufgeben dieses Majestätsrechts zu zwingen, nicht anders als revolutionär bezeichnet werden. Wenn erst in dem Punkte der Kommandosprache das „Recht der ungarischen Nation“ — d. h. der jeweiligen Parlamentsmehrheit — durchgeföhrt würde, dann wäre kein Halt mehr, und „die ungarische Armee,“ die nach der Ausgleichsakte „ein Teil des gemeinsamen Heeres“ ist, würde binnen kurzem unter die Herrschaft des ungarischen Abgeordnetenhauses gestellt sein. Es ist immer die Taktik der ungarischen Unabhängigkeitschwärmer gewesen, durch spitzfindige Auslegung verfassungsmäßiger Bestimmungen und stürmisches Beharren auf dem damit erschlichenen Standpunkte zunächst ein kleines Loch in die Wand der Verfassung zu bohren und es danach durch fleißige Wühlarbeit zu erweitern. Der frivole Einfall des Grafen Apponyi, es müsse eine gesonderte ungarische Armee errichtet werden, weil sie in der Ausgleichsakte besonders benannt sei — aber als Teil des gemeinsamen Heeres —, ist das Leitmotiv der neuen ungarischen Agitation für eine besondre Militärmacht.

Man hat es in den letzten Jahren ein wenig eilig mit dieser Agitation gehabt, weil der in so vielen Fällen nachgiebig gewesne Kaiser Franz Joseph hochbetagt ist, und weil man von jedem Nachfolger sicher weniger Entgegenkommen erwarten muß. Mit der den Magyaren eignen, aber der ihnen einst fälschlich nachgerühmten Ritterlichkeit sehr unähnlichen Offenheit hat das im Parlament der Kossuthianer Barabas ganz offen ausgesprochen: „Der König wird alt.“ Und wenn Kaiser Franz Joseph, in dem noch die Eindrücke der ungarischen Revolution nachklingen mögen, gemeint haben sollte, man könne die Magyaren mit Güte gewinnen, so hat er sich in dem orientalischen Charakter dieses fremden Volkes getäuscht. Von alters her kennen die asiatischen Völker nur ein politisches Prinzip an: die Macht, die sie entweder rücksichtslos ausüben, oder der sie sich notgedrungen unterwerfen. Von einer Werbung der Magyaren auf dem wirtschaftlichen Gebiete oder auf dem der Kultur unter den benachbarten Völkerstämmen hat man nie etwas vernommen, sie sind von jeher auf sich selbst beschränkt geblieben und haben darum auch nicht merklich zugenommen. Auch jetzt, wo ihnen ein unverdient günstiges Geschick

die Macht in die Hände gespielt hat, benutzen sie sie nur, durch staatlichen Druck zu magyarisieren; nur die politische Gewalt und die der herrschenden Nation zufallenden materiellen Vorteile stehn ihnen dabei zu Gebote, von der Wirkung einer überlegenen moralischen oder ökonomischen Begabung ist bei ihnen nicht die Rede. Was in Ungarn an Kultur vorhanden ist, ist westeuropäischen, vorwiegend deutschen Ursprungs, das wissen die im Lande lebenden Nichtmagyaren sehr wohl und sehen nicht ein, warum sie sich in magyarischer Übersetzung aufdringen lassen sollen, was sie sich ebenso gut in ihre Sprache übertragen können. Trotz dem nahezu vierzigjährigen Besitze der vollkommenen Staatsgewalt ist die Magyarisierung des Landes nur wenig vorgeritten, am wenigsten unter den Deutschen und den Rumänen, etwas mehr unter den Slowaken, dagegen hat sich das zahlreiche Judentum fast ausschließlich magyarisiert, was aber keineswegs alle Ungarn mit Befriedigung erfüllt, sondern sogar eine starke antisemitische Strömung hervorgerufen hat.

Um die nichtmagyarische Mehrheit der Bevölkerung niederzuhalten und nicht zur Geltung kommen zu lassen, dazu dient die ungarische Verwaltung. Wenn in Ungarn darum die Vorzüge der „avitischen“ Komitatsverfassung gepriesen werden, so hat das seinen guten Grund, im übrigen braucht man dabei aber ja nicht an eine Selbstverwaltung nach englischem Muster zu denken. Die heutige ungarische Verfassung ist übrigens nicht tausend Jahre alt und keineswegs ein Werk Arpads, sondern ihr Grundsatz der Selbstverwaltung für die Kreise und die Bezirke war aus Deutschland übernommen worden. Kossuth wandelte dann die Komitate mit ihrer örtlichen Selbstverwaltung nach dem Muster der französischen Präfekturen um, die wohl eine gewaltige Macht in der Hand der jeweiligen Regierung vereinigen, aber zugleich auch unter dem Drucke der Tagespresse mit ihren kapitalistischen Anschauungen und der Stimmung der hauptstädtischen Volksmassen stehn. Unter diesen Umständen hat eine künstlich genährte und unter dem Schutz der Verwaltung stehende, besonders auch durch den Schulunterricht geförderte Strömung den heutigen auffälligen Nationaldünkel großgezogen, der alle Einsicht in die politische Stellung und die Machtverhältnisse Ungarns geradezu unterdrückt hat. Die wirklichen Führer dabei sind eigentlich immer nur einige Zeitungschreiber, die die hauptstädtischen Blätter für sich haben, und einige Advokaten, hinter denen die von ihnen aufgestachelten Massen der Straße stehn. Die von diesen Kreisen durch Aufwerfen von „nationalen Fragen“ erregten Stimmungen der hauptstädtischen Massen — unter denen die Studenten nicht zu vergessen sind — wirkten auch auf das Land, und die liberalen Regierungen gaben ihnen um so mehr nach, als damit die Öffentlichkeit volle Beschäftigung erhielt, und das Drängen nach Reformen übertönt wurde. Denn so rasch und umfassend sich auch die historischen Parteien des Magyarentums die politischen Handgriffe des modernen Liberalismus zu eigen gemacht hatten, um ihre Herrschaft im Lande fest zu begründen und auf die Dauer zu sichern, so wenig war ihre Verwaltung geeignet, das Land zufrieden zu stellen.

Die Magyaren haben von alters her verstanden, politisch zu herrschen, aber nicht zu verwalten. Über eine rein patriarchalische Verwaltung sind sie

nie hinausgekommen, und darum versagt ihre angebliche „avitische“ Komitatsverwaltung in allen Fragen, außer in denen der politischen Herrschaft. Wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten begegnen geringem Verständnis und finden nur dann Förderung, wenn ein einflussreicher Freund der oligarchischen Herrschaft dabei beteiligt ist; die agrarischen Verhältnisse sind so stark vernachlässigt worden, daß die Auswanderung einen erschreckenden Umfang erreicht hat. Es gibt auf allen Gebieten sehr viel zu verbessern, aber da versagt die Verwaltung und auch die Gesetzgebung, denn sie müßte ja bei der Verwaltung beginnen. Die Unzufriedenheit darüber ist groß und herrscht nicht etwa bei den Nichtmagyaren allein. Die liberale Partei ist aber seit länger als dreißig Jahren nur bestrebt gewesen, sich in der Herrschaft zu erhalten, und dachte nicht an Reformen, sie hat auch den vor allem von der hauptstädtischen Presse gepredigten Chauvinismus nur gefördert, um darin den Wunsch nach Reformen untergehn zu lassen. Der Chauvinismus knüpft eng an die Forderungen der Unabhängigkeitspartei an und bezweckt nichts geringeres als die Abänderung des Ausgleichs mit Österreich zugunsten Ungarns sowie die Magyarisierung des ganzen Landes und verliert sich in uferlosen Träumen einer ungarischen Großmachtspolitik auf der Balkanhalbinsel. Ob die Kräfte des Volkes auch nur zur Erreichung eines dieser Ziele ausreichen, danach wird nicht gefragt. Das zu Zeiten Deaks erlassene Nationalitätengesetz, das den Frieden mit den andern Völkern des Landes gewährleisten sollte, ist gänzlich beiseite geschoben worden und hat zahlreichen Angriffen auf die Nichtmagyaren (Ortsnamengesetz, Volksschulgesetzentwürfe usw.) Platz gemacht, die Ausgleichsfrage steht so, daß keine neue Vereinbarung mehr möglich erscheint, und der Imperialismus hat zum Konflikt mit der Krone wegen der Armee geführt; augenblicklich bietet diese Angelegenheit den Schauplatz, auf dem Entscheidungen erwartet werden.

Das ist ein wenig viel Konfliktstoff auf einmal, und man muß sich billig wundern, daß eine Partei, die seit 1867, und hauptsächlich seit der straffen Organisation durch Koloman Tisza nach 1875, die Leitung des Landes ununterbrochen in den Händen hatte, in allen diesen Fragen nicht vorbeugend und mäßigend gewirkt hat. Das lag freilich in dem Wesen der liberalen Partei begründet. Unter diesem Namen hatten sich die Anhänger des Ausgleichs zusammengefunden, besonders die alten Adelsparteien und viele parlamentarische Streber, die in dem neuen öffentlichen Leben eine Rolle spielen wollten und davon persönliche Vorteile erhofften, unter ihnen viele getaufte und ungetaufte Juden, die nach Renegatenart ihre neue nationale Zugehörigkeit lauter betonten als die eigentlichen Magyaren selbst. Sie sind auch, vor allem durch ihren Einfluß und durch ihre Beteiligung an der Presse, die wesentlichen Schürer des nationalen Chauvinismus gewesen und haben den Alldeutschen Anlaß zur Erfindung der Bezeichnung Sudäo-Magyarismus gegeben. Koloman Tisza, der alle diese Leute mit eiserner Hand in eine geschlossene Partei zusammenfaßte, war eigentlich kein schöpferischer Staatsmann, sondern nur ein genialer Parteitaktiker, der es wohl fertig brachte, seine Anhänger zu den bedeutenden Opfern für die Regelung der Staatsfinanzen zu

nötigen, aber kein Verständnis für die notwendigen Reformen hatte, die zur innern Entwicklung des Landes dringend notwendig waren. Sein „System“ bestand darin, unter allen Umständen seine Partei in der Herrschaft zu erhalten, und das wurde in der Weise ins Werk gesetzt, daß bei den Wahlen die Regierung ihre Anhänger mit dem ganzen Apparat der Komitatsverwaltung unterstützte. So wurde die Mehrheit der liberalen Partei, die 1878 nur acht Stimmen betrug, zustande gebracht und aufrecht erhalten, bis sie bei den Wahlen vom 26. Januar 1905 unter Tisza dem Jüngern jäh zusammenbrach. Wie das möglich war, ist im Auslande, aber auch in Österreich, nicht immer recht klar geworden, weil die Ursachen der Unzufriedenheit mit der Wirtschaft der liberalen Partei in der ausländischen Presse unbekannt geblieben oder totgeschwiegen worden sind.

Der adliche Teil der liberalen Partei war der von alters her politisch befähigste und steht noch heute auf dem Standpunkt, an dem Ausgleich mit Österreich festzuhalten. Die politische Tätigkeit des Reichstags seit dem Ausgleich faßten sie als Fortsetzung des frühern ständischen auf, worin sie ausschlaggebend gewesen waren. So sollte es auch jetzt sein: sie würden beschließen, und der König würde ihre Beschlüsse unterschreiben, etwa wie es in England unter der Königin Viktoria der Fall war. Dieser Standpunkt deckte sich vollkommen mit der modernen parlamentarischen Auffassung des andern Flügels der Partei, der alle Staatsgewalt in das Parlament verlegt und der Krone nur eine dekorative Rolle zuschreibt. In diesem Sinne fanden sie sich zusammen und arbeiteten einträchtiglich miteinander. Dem Adel fiel meist der repräsentative Teil zu, die bei der modernen Parteipolitik notwendige Arbeit für die Presse und die Agitation besorgte der andre Flügel der Partei. Nachdem unter Koloman Tisza die unbedingte Durchsetzung der Partei zum Grundsatz erhoben worden war, erhielt der agitatorische Flügel immer größere Wichtigkeit, denn die Wahlen wurden schwieriger und kosteten schrecklich viel Geld. Dadurch gewann auch die Finanzwelt einen ungebührlichen Einfluß, und die herrschende Partei suchte sich für die bei den Wahlen gebrachten Opfer schadlos zu halten. Die mit einseitiger Parteiherrschaft immer eng verknüpfte Korruption und Begünstigung der Parteigenossen nahm überhand und rief tiefe Unzufriedenheit hervor, die namentlich auch magyarische Kreise erfaßte. Daß die Nichtmagyaren unzufrieden waren, fand keine Beachtung und verstand sich von selbst. Gegen sie wurde der ganze Machtapparat des Staats in Bewegung gesetzt, insbesondre bei den Wahlen, bei denen nur allzu häufig die Gewehre der Gendarmerie oder des herbeigezogenen Militärs den Ausschlag gaben, wenn sich die Unterdrückten mit Gewalt gegen die Beeinflussung der Wahl Recht zu verschaffen suchten, während außerdem selbstverständlich jedes andre Mittel, die Nichtmagyaren von der Wahlurne fernzuhalten, als erlaubt galt. Interessant ist die durchaus in den Tatsachen begründete Angabe des „Protests“ der Führer der Slowaken, Serben und Rumänen Ungarns vom Januar 1898, „daß sich die Regierungspartei gerade aus den Wahlbezirken der Nationalitäten rekrutiert, wogegen die echt magyarischen Wahlbezirke größtenteils Oppositionelle wählen.“ Also in den Wahlkreisen mit nichtmagyarischer Mehrheit,

in denen es sich nur um die Niederwerfung des nationalen Gegners handelte, wurden unter Anwendung alles Drucks der Behörden Magyaren — aus nahe-
liegenden Gründen die Regierungskandidaten — gewählt, in den rein magha-
rischen Wahlkreisen, wo der Regierungsdruck wieder scharf ausgeübt wurde,
siegte die magyarische Opposition.

Eine schlagendere Kritik der Herrschaft der liberalen Partei kann es gar
nicht geben. Wahlmißbrauch schuf und parlamentarische Korruption hielt die
Partei zusammen. Die mit dieser Wirtschaft unzufriedenen Leute, die ihre
Meinung unterdrückt und keine Aussicht auf Reformen sahen, aber nichts gegen
die Gewalt Herrschaft auszurichten vermochten, verfielen leicht der Beeinflussung
durch die Unabhängigkeitspartei, die die Regierung als Trägerin des Aus-
gleichs mit Österreich bekämpfte. Damit war der Boden für die Kultur der
„nationalen Forderungen,“ die üppig ins Kraut schossen, geschaffen. Koloman
Tisza, der die seiner Parteiherrschaft aus dieser Bewegung drohende Gefahr
erkannte, suchte der nationalen Seite der Opposition den Wind aus den
Segeln zu nehmen, indem er selbst einige „nationale“ Ansprüche, die keines-
wegs im Ausgleich begründet waren, gegen Österreich und die Krone durch-
setzte. Das war aber nicht von dauernder Wirkung, und er benutzte schließlich
einen geringfügigen Anlaß, 1890 zurückzutreten. Seine schwächern Nachfolger
suchten seine Methode fortzusetzen, aber der Druck bei den Wahlen und die
Nachgiebigkeit gegenüber den nationalen Wünschen mußten immer größer werden.
Die Ministerien Szapary und Beklerle wandten als letztes Rettungsmittel aller
liberalen Parteien auch noch den Kulturkampf an, erreichten aber damit nur,
daß eine neue Oppositionspartei, die katholische Volkspartei, entstand. Noch
einmal setzte Banffy 1896 die alte Praktik der liberalen Partei ins Werk und
ließ mit der entschiedensten Rücksichtslosigkeit wählen, aber auch sein Orts-
namengesetz half ihm dann nichts mehr, der allgemeine Unwille über den
Terrorismus der Partei war zu groß und äußerte sich am wirksamsten durch
die Obstruktion im Abgeordnetenhaus, der sich bald auch Mitglieder der
liberalen Partei anschlossen. Szilagyí und Apponyi schoben den unfähigen
Szell in den Vordergrund, der angeblich zwischen Banffy und der Opposition
vermitteln sollte, aber plötzlich aus Wien als neuer Ministerpräsident zurück-
kehrte. Damit war das definitive Ende der liberalen Partei eingeleitet, denn
Szells erster Schritt war die Verschmelzung der liberalen Partei mit der
Nationalpartei, deren Führer Graf Apponyi sich in seinen nationalen For-
derungen nur durch Worte von den Kossuthianern unterschied. Es lag auf
der Hand, daß die systematische Erweiterung der ungarischen staatsrechtlichen
Forderungen, die nun durch Apponyi und seinen Anhang in die Regierungs-
partei offiziell eingeführt worden waren, zur Krise führen mußte, weil jeder-
mann, der die Verhältnisse — nicht nach den Zeitungen, sondern durch eigene
Prüfung — verfolgt hatte, gar nicht in Zweifel darüber sein konnte, daß
Kaiser Franz Joseph allen Ansprüchen auf eine gesonderte ungarische Armee
sein entschiedenes Nein! entgegenzusetzen würde.

Es sind seit dem 16. September 1903, wo der Monarch den von Chlopy
datierten Armeebefehl erließ, mehr als zwei Jahre ins Land gegangen, und

zwei Ministerien haben ihre Sessel geräumt, ohne daß sich die Sachlage irgendwie geändert hätte. Der Monarch hat zweimal dem ungarischen Standpunkt eine Reihe von Zugeständnissen gemacht. Von vielen Seiten, die sich allerdings niemals durch viel Verständnis oder große Liebe für die Armee ausgezeichnet haben, sind diese Zugeständnisse als ernste Gefahren für die Einheitlichkeit des Heeres ausgegeben worden, während sie doch wohl nur als ein Gerechtworden gegenüber den auf Grund der neuen staatlichen Ordnung seit einem Menschenalter eingetretenen Änderungen auf sprachlichem und auf nationalem Gebiet angesehen werden dürfen. Weil der Kaiser aber in der Hauptsache, in der Frage der Oberhoheit über die einheitliche Armee, nicht nachgegeben hat, ist ihm jenes Entgegenkommen von den Führern der Ungarn ebensowenig gedankt worden wie seine frühere Zustimmung zu der nicht immer tadelreifen Handhabung der magyarischen Vorherrschaft in Ungarn selbst wie zu dem Hervortreten Ungarns in der Politik der Gesamtmonarchie. Kaiser Franz Joseph hat immer die Annahme, als ob in Ungarn das parlamentarische System bestünde, unwidersprochen gelten lassen, hat in ungarischen Fragen nie andre als ungarische Ratgeber gehört und nie eine Deputation der nicht-magyarischen Nationalitäten Ungarns empfangen, so berechtigt auch ihre Beschwerden über die Ausübung der ungarischen Regierungsgewalt sein mochten. Ein Gefühl der Dankbarkeit dafür hat die Ungarn nie beschlichen; fortwährend in ihrer Selbstgefälligkeit angeregt durch die mit Überlieferungen aus der Vergangenheit genährte Agitation der Unabhängigkeitspartei verstanden sie sich wohl dazu, ihrem König, solange er sie schalten und walten ließ, das Prädikat eines „vollkommen konstitutionellen Herrschers“ zuzuerkennen, seitdem er aber begonnen hat, in einem Falle seine verfassungsmäßigen Rechte zu betonen, wird er des Verrats und des Bruchs der Verfassung beschuldigt. Man will in Budapest nicht begreifen, daß die Betonung der Kronrechte hauptsächlich Ungarn zugute kommt, dem die einheitliche Armee einen sichern Schutz gewährt, als es je ein ungarisches Heer vermöchte, abgesehen davon, daß zwei Drittel der gemeinsamen Armee nicht von Ungarn bezahlt werden.

Im Armeebefehl von Chlopy hatte der Kaiser seinen festen Entschluß ausgesprochen, daß er an der Organisation der Armee nichts ändern lassen werde, dagegen sollten die schon unter dem Ministerium Szell bewilligten nationalen Zugeständnisse aufrecht erhalten bleiben. Alles, was hüben und drüben armee-feindlich und parlamentarisch gesinnt war, nahm offen oder mit versteckter Intrigue gegen die Betonung des monarchischen Rechts Partei, die Ungarn natürlich in corpore, aber auch in der österreichischen hauptstädtischen Presse, die noch denselben Faden spinnt wie zur Zeit des Sturzes des Ministeriums Auersperg, fand die ungarische Auffassung Zustimmung. Was die Ungarn an konstitutionellen Rechten der Krone abbrückten, mußte ja denselben Bestrebungen in Österreich nützlich sein. Aus diesem Grunde erklärt es sich, daß in Österreich — besonders unter den Deutschösterreichern — keine Stimmung aufkommt, sich in der Heeresfrage an die Seite des Herrschers zu stellen. Jede gesunde Aufwallung in der Bevölkerung für die Armee wird in der Presse verwässert und durch Ablenkung unwirksam gemacht. Als Hauptmittel dient dabei die

Behauptung, daß die Zugeständnisse an die Ungarn schon die Einheit der Armee durchbrochen hätten, daß überhaupt die Krone zu viel nachgegeben habe und schließlich doch alles bewilligen werde. Jede sorgsame Betonung der Krone, daß sie in keinem Falle gesonnen sei, die verfassungsmäßigen Rechte der Ungarn anzutasten, wird als Nachgiebigkeit und Zurückweichen von dem vorher betonten Standpunkt hingestellt, und auf diese Weise hat es das Zusammenwirken der mit verteilten Rollen arbeitenden Budapester und Wiener Blätter binnen zwei Jahren dahin gebracht, daß die Deutschösterreicher der Armeefrage nahezu teilnahmslos gegenüberstehn und auch in diesem Falle den für ihre nationale Stellung so wichtigen Anschluß an die Krone versäumen. Auch weitere Kreise werden durch die einseitige Darstellungsweise der Presse so lange im Irrtum erhalten und zu einer schiefen Beurteilung der Sachlage verleitet, bis schließlich wieder einmal ein den Zeitungsschilderungen geradezu widersprechendes Ereignis alle Welt darüber belehrt, daß die Sache trotzdem noch auf dem alten Fleck steht. Aber auch dann hat die findige Presse wieder rasch eine Erklärung und spricht von Unbeständigkeit der Politik durch Einflüsse schlechter Ratgeber und der „Kamarilla.“

(Schluß folgt)



Die Bedeutung der Presse für die Kultur

Vortrag, gehalten in der Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung in Berlin
am 1. Dezember 1905
von Hugo Jacobi



Das Thema, das mir für den heutigen Abend gestellt worden ist, gehört zu denen, die ihre Erläuterung — ihre Auslegung, wenn ich so sagen darf — in sich selbst tragen. Die „kulturelle Bedeutung der Presse“ — so hatte das Thema gelautet — ist jedem denkenden Menschen ohne weiteres klar; ihm genügt, eine unserer größern Zeitungen aufzuschlagen. Es kann sich deshalb heute weniger darum handeln, die Tatsache dieser Bedeutung zu erweisen, als vielmehr um einen Versuch, in knappem Rahmen ein Bild ihrer Wirkungen und der dabei in Betracht kommenden Beziehungen und Einflüsse zu formen. Es wird sich das am besten an der Hand eines Überblicks über die geschichtliche Entwicklung der Presse nach vorheriger Feststellung des Begriffs Presse tun lassen; denn wenn wir die Bedeutung selbst ohne weiteres als Tatsache haben anerkennen müssen, bedarf die Feststellung ihres Begriffs keiner weitläufigen Erörterung: „kulturelle Bedeutung“ ist gestaltender Einfluß auf das gesamte Kulturleben in seiner fortschreitenden Entwicklung.

Wenngleich der Begriff „Presse“ eigentlich alles umfaßt, was aus der Buchdruckerpresse an Schriften hervorgeht, so entspricht es doch dem Sinne unsers Themas, diese Betrachtung auf das zu beschränken, was wir im jetzigen Sprachgebrauch unter Presse verstehn: Zeitungen und Zeitschriften, zunächst die Tagespresse. Denn sie ist es, die das Kulturleben aller zivilisierten Völker